

20. II. 1917

Deutscher Nationalverband.**Aus der letzten Vollversammlung.**

In der am 16. d. unter dem Vorsitz des Obmannes Abg. Dr. Groß abgehaltenen Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes gelangte die gegenwärtige politische Lage zu eingehender Besprechung. Unter Bedachtnahme auf diesbezügliche aus der Bevölkerung und den Kreisen des Verbandes laut gewordene Wünsche wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der deutsche Nationalverband nimmt den Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit der Regierung zur Kenntnis und beauftragt denselben, weiter in dem Sinne zu wirken, daß mit aller Beschleunigung die schon lange vorbereiteten Voraussetzungen für einen möglichst baldigen Zusammentritt des Reichsrates geschaffen werden.“

Ueber Anregung des Abg. Marchl wurde beschlossen, einen Aufruf behufs Sammlungen von Unterstützungen für die vom Erdbeben schwer betroffene Stadt Rann an die Bevölkerung zu richten.

Von verschiedenen Seiten wurden die gegenwärtig dringenden Fragen der Ernährungs- und Verteilungsschwierigkeiten, insbesondere die Kohlen-, Petroleum- und Kartoffelnot eingehend besprochen. Zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheiten und möglichst raschem Einschreiten von Fall zu Fall wurde beschlossen, dem Vorstand

einen Ausschuß von in Wien wohnhaften Abgeordneten beizugeben.

Ferner wurde folgender Beschluß gefaßt: Mit Rücksicht darauf, daß die Familien sustentationsbezüge der Angehörigen der Lehrgagisten länderspezifisch verschiedenartig geregelt sind, durch die kaiserliche Verordnung vom 15. April 1916 und die dahin erglassenen Erlasse des Kriegsministeriums und des Ministeriums für Landesverteidigung Familiengebühren für alle Länder eingestellt und dadurch Hunderte von Gagistenfamilien in einzelnen Ländern auf minimale Unterhalts-, beziehungsweise Sustentationsbeiträge gesetzt, daher in ihrem Unterhalt und in ihrer Existenz auf das ärgste bedroht sind, wird der Vorstand des Nationalverbandes ersucht, sobald es nur möglich, mit den genannten Ministerien und dem Ministerium des Innern in Verbindung zu treten, damit den infolge dieser Erlasse so hart mitgenommenen Familien der Lehrgagisten auf das schnellste Abhilfe gebracht werde.

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, die Beschlüsse des unter dem Vorsitz des Abgeordneten Einspinner in Leoben abgehaltenen Reichshandwerkertages bei der Regierung entschieden zu vertreten.

Ein Antrag des Abgeordneten Rittinger, dahingehend, daß bei Ehen zwischen Militärinvaliden und Kriegerwitwen die letzteren ihre Versorgungsgenüsse nicht verlieren, wurde in sozialem Interesse begrüßt und dem Vorstand zur Beratung und Vertretung überwiesen.